

9. Eine Europäische Wende? Die Neubelebung des Binnenmarkts (1980-1984)

Auch wenn die liberale Wende der 1980er Jahre im Inneren weniger bestim mend und weniger spektakulär war als in den angelsächsischen Ländern, war die Bundesrepublik dennoch eines der wichtigsten Epizentren für die Stärkung des Wettbewerbs durch Öffnung, Deregulierung und Privatisierung sowie für die Kritik an der wachsenden Rolle des Staats.¹ Das BMWi spielte dabei sowohl in der innenpolitischen Debatte um das »Lambsdorff-Papier« als auch in der Verwirklichung des Binnenmarkts auf europäischer Ebene eine entscheidende Rolle. Diese Wende wurde als Antwort auf die beschleunigte Globalisierung konzipiert: Die stärkere Integration der westdeutschen Industrie in einem wettbewerbsfähigen Binnenmarkt mit 320 Millionen Verbrauchern versprach einen jährlichen Wachstumsgewinn von 2 %.² 1983 sicherten die Exporte ein Viertel der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik, wobei die Hälfte davon auf den innergemeinschaftlichen Handel entfiel. Die Kosten des weltweiten Protektionismus wurden für die Bundesrepublik auf 75 Milliarden DM pro Jahr geschätzt, während eine globale Abschaffung der protektionistischen Handelshindernisse bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze im Land schaffen könnte.³ Die Verwirklichung des Binnenmarkts im Dienste einer stärkeren internationalen Handelsöffnung sollte somit die Antwort auf

-
- 1 Vgl. McNamara, Kathleen: *The Currency of Ideas: Monetary Politics in the European Union*, Ithaca: Cornell University Press 1998; J. Leaman: *The Political Economy*, S. 1–21.
 - 2 BArch, B 102, 375913, *Die Vollendung des Binnenmarktes 1992: Chance und Verpflichtung* – 28. April 1988.
 - 3 BArch, B 102, 366818, *Störungen des Welthandels – Neue Entwicklungen* – 16. März 1988.

die Schwierigkeiten des westdeutschen Exportmodells in den 1980er Jahren sein.⁴

»Dynamischer Wettbewerb« und Monetarismus in der Sozialen Marktwirtschaft

Die Bundesrepublik war ab den 1970er Jahren unter dem wachsenden Einfluss der Zweiten Chicagoer Schule ebenfalls von der Erneuerung des Neoliberalismus betroffen. Die Arbeiten von Milton Friedman und George Stigler lenkten die Wettbewerbsvorstellungen von dem ordoliberalen Schutz der Freiheit hin zu einer systematischen Liberalisierung zugunsten der wirtschaftlichen Effizienz.⁵ Friedrich Hayek, der zwischen 1962 und 1968 den Vorsitz des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg übernahm, entwickelte ein evolutionäres Konzept von »Wettbewerb als Entdeckungsprozess« und ständiger Anpassung an die Leistungsbedingungen, das einen strukturellen Wettbewerb der Systeme durch institutionelle Innovation und systematische Deregulierung voraussetzte.⁶ Diese Auffassung eines »dynamischen Wettbewerbs« wurde u.a. von seinem Nachfolger, Erich Hoppmann, verbreitet. Viele Aspekte des Ordoliberalismus traten daraufhin in den Hintergrund, angefangen bei seiner sozialen Dimension, der Anprangerung der Auswüchse der Konsumgesellschaft oder der Kritik an der wachsenden Bürokratisierung. Die neuen Konzepte setzten sich im Laufe der 1970er und 1980er Jahre allmählich durch und trugen zu einer umfassenden Reflexion über die Aktualisierung der Sozialen Marktwirtschaft bei, um den Wettbewerb durch eine angebotsorientierte Politik zu stärken.⁷ Auf Anraten des Sachverständigenrats machte die Bundesregierung den »dynamischen Wettbewerb« 1986 offiziell zum Ziel ihrer Wirtschaftspolitik, die auf Deregulierung, Entstaatlichung und Öffnung der Außenmärkte basierte.⁸

4 Vgl. Armstrong, Kenneth/Bulmer, Simon: *The governance of the Single European Market*, Manchester: Manchester University Press 1998; Grin, Gilles: *The Battle of the Single European Market: Achievements and Economic Thought 1985–2000*, London: Kegan 2003.

5 Vgl. Ph. Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 372–373.

6 Vgl. Karabelas, Iris: *Freiheit statt Sozialismus. Rezeption und Bedeutung Friedrich August Hayek in der Bundesrepublik*, Frankfurt a.M.: Campus 2010.

7 Vgl. H. Hagemann: »*Ordoliberalismus*«, S. 72.

8 Jahreswirtschaftsbericht 1986 der Bundesregierung, S. 29–30. Vgl. Handschuhmacher, Thomas: »Eine ›neoliberale‹ Verheißung. Das politische Projekt der ›Entstaatlichung‹

Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern blieb die Liberalisierung in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren jedoch begrenzt, da sie dort bereits seit den 1950er Jahren weitgehend umgesetzt worden war.

Im Kontext der zunehmenden internationalen Konkurrenz schlug diese neue Auffassung des Wettbewerbs vor, den Mangel an Wettbewerbsfähigkeit in Europa durch mehr Wettbewerb innerhalb der EG zu beheben. Die Verwirklichung des Binnenmarkts sollte Europa zum Kontinent des Freihandels machen, während Carter und Reagan auf protektionistische Lösungen setzten. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten, die auf den unfairen Wettbewerb ihrer Handelsgegner hinwiesen, herrschte in der Bundesrepublik ein breiter Konsens über einen strukturellen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen als Ursache für die Schwächung der europäischen Industrie. Herbert Giersch, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Präsident der Mont Pèlerin Society zwischen 1986 und 1988, prangerte die »europäische Sklerose« an, die auf zu hohe Staatsausgaben und zu hohe Löhne und Sozialleistungen zurückzuführen sei.⁹

Zu dieser Entwicklung der Wettbewerbsvorstellungen kam der Einfluss des Monetarismus und der Theorien Friedmans hinzu, der den Konsens über die expansive Konjunkturpolitik in Frage stellte. Die Zeitschrift ORDO und Karl Brunner, Professor für Wirtschaftswissenschaften in Rochester und in Konstanz, verbreiteten diese Ideen in der Bundesrepublik.¹⁰ Neben des 1974 von der Bundesbank eingeführten Geldmengenziels machte sich der monetaristische Einfluss auch durch die restriktivere Steuerpolitik der Bundesregierung und durch eine breite Debatte über die Staatsverschuldung bemerkbar. Die Bundesrepublik verzeichnete in den 1970er Jahren einen der stärksten Anstiege der Staatsverschuldung innerhalb der OECD. Die Finanzverfassungsreform von 1969 hatte die jährliche Nettkreditaufnahme auf die Summe der Investitionsausgaben begrenzt. Angesichts der wachsenden Defizite hatte die Bundesbank bei voller Auslastung des Produktionsapparats eine Grenze von 2 % vorgeschrrieben, die jedoch in den folgenden Jahren überschritten wurde. Während des Wahlkampfs 1980 zwang eine breite »Konsolidierungskoalition« Schmidt dazu, seine Haushaltsdisziplin zu

in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre«, in: Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen des Neoliberalismus (2018), S. 159–161

9 Vgl. Giersch, Herbert: »Eurosclerosis«, in: Kielers Diskussionsbeiträge 112 (1985), S. 1–18.

10 Siehe Brunner, Karl: »The ›Monetarist Revolution‹ in Monetary Theory«, in: WWA 105 (1970), S. 1–30. Vgl. H. Janssen: Milton Friedman, S. 62–92 und 101–113.

demonstrieren und öffentliche Defizite entschieden zu bekämpfen.¹¹ Diese westdeutsche Debatte beeinflusste auf lange Sicht die europäische Integration mit der Entstehung von Haushaltsregeln und Schwellenwerten für die Staatsverschuldung. Sie trug auch dazu bei, dass sich die Wirtschaftsanalyse des BMWi, des BMF und der Bundesbank auf die Kontrolle der öffentlichen Defizite fokussierte.

Die Bundesrepublik erlebte jedoch keine wirkliche monetaristische Revolution, da die Preisstabilität immer eine Priorität der Bundesregierung gewesen war und der Einfluss von Friedmans Theorien begrenzt blieb. Außerdem verurteilte der Sachverständigenrat die soziale Brutalität und die wirtschaftliche Ineffizienz von Thatchers Politik in Großbritannien.¹² Ebenso kritisierte das BMWi die inkohärente und deflationistische Sparpolitik, die 1983 von dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors umgesetzt wurde. Zwar erforderte die Währungsstabilität eine gewisse Haushalts- und Steuerdisziplin, doch sollte diese nicht zwangsläufig dazu führen, dass unabhängig von der Konjunkturlage eine strikt deflationäre Politik betrieben wird.¹³

Die westdeutsche Wende: ein europäischer Wendepunkt

Die *Wende* in der westdeutschen Wirtschaftspolitik vollzog sich nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition an der Haushaltsfrage im Herbst 1982. Der Richtungswechsel der FDP und insbesondere des Bundeswirtschaftsministers Otto Lambsdorff hin zu einer angebotsorientierten Politik spielte dabei eine entscheidende Rolle.¹⁴ Er stützte sich auf die Gedanken ordoliberaler Ökonomen des »Kronberger Kreises« (Johan Eekhoff, Lars Feld, Otmar Issing, Manfred Neumann, Olaf Sievert, Hans Willgerodt) und des Frankfurter Instituts, eines liberalen Think Tanks, der später in »Stiftung Marktwirtschaft«

¹¹ Vgl. Ullmann, Hans-Peter: Das Abgleiten in den Schuldenstaat. Öffentliche Finanzen in der Bundesrepublik von den sechziger zu den achtziger Jahren, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2017, S. 275–299.

¹² Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates, S. 136.

¹³ BArch, B 102, 279126, Französische wirtschaftliche Politik – 8. April 1983.

¹⁴ Vgl. Scholtyseck, Joachim: »Die FDP in der Wende«, in: Historisch-Politische Mitteilungen 19 (2013), S. 197–220.

umbenannt wurde.¹⁵ Schlecht, Staatssekretär im BMWi, und Tietmeyer, Leiter der Abteilung I, verfassten für ihren Minister ein Positionspapier, das auf eine »Erneuerung« der Ordnungspolitik und der Sozialen Marktwirtschaft abzielte und eine Haushaltskonsolidierung, die Begrenzung der Sozialausgaben und eine Deregulierung befürwortete.¹⁶ Das »Lambsdorff-Papier« trug zum Sturz Schmidts am 1. Oktober 1982 bei und legte anschließend die Grundprinzipien des Wirtschaftsprogramms der Regierung Kohl im Inland sowie auf europäischer Ebene fest. Insgesamt blieb die neue Bundesregierung jedoch vorsichtig gegenüber den Empfehlungen der Wirtschaftsexperten in Bezug auf Deregulierungen und Haushaltskürzungen.¹⁷

Auch wenn sie nicht Teil des rein innenpolitisch ausgerichteten »Lambsdorff-Papiers« war, nahm die Europapolitik dennoch einen zentralen Platz in den Überlegungen des BMWi ein.¹⁸ Der Aufbau des Binnenmarkts wurde als Mittel betrachtet, um die Öffnung des Handels mit Drittländern, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Begrenzung der staatlichen Beihilfen zu Investitionen sowie die Deregulierung durchzusetzen. Angesichts der Vielzahl von Vorschriften auf EG-Ebene und der Gefahr einer »Eurokratie« forderte die neue Bundesregierung eine Vereinfachung des europäischen Rechts.¹⁹ Die Re-

-
- 15 Siehe Lambsdorff, Otto: »Rückenwind für Reformen nutzen«, in: Stiftung Marktwirtschaft (Hg.), 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis, Berlin: Bloch & Co 2007, S. 37–45. Vgl. Hoeres, Peter: »Von der ›Tendenzwende‹ zur ›geistig-moralischen Wende‹. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 93–119.
- 16 Vgl. Bökenkamp, Gérard/Doehring, Detmar/Fröhlich, Jürgen/Grothe, Ewald (Hg.): 30 Jahre »Lambsdorff-Papier«. Texte und Dokumente zum »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit« (9. September 1982), Berlin: Comdok 2013 (3. Auflage). Siehe auch Ahrens, Ralf: »Der Interventionsstaat auf dem Rückzug? Industriepolitik im Bundeswirtschaftsministerium von Friedrichs bis Bangemann«, in: Bösch/Hertfelder/Metzler, Grenzen des Neoliberalismus (2018), S. 221–222.
- 17 Vgl. Zohlnhöfer, Reimut: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998, Opladen: Leske+Budrich 2001; Prasad, Monica: The Politics of Free Markets. The Rise of Neoliberal Economic Policies in Britain, France, Germany, and the United States, Chicago: The University of Chicago Press 2006.
- 18 BArch, B 102, 365803, »Wende« in der Wirtschaftspolitik – 3. November 1983.
- 19 BArch, B 102, 376788, Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes, Beratungsunterlage Nr. 150: Schlußfolgerungen zum Thema »Entbürokratisierung im EG-Bereich« – 23. Februar 1987.

gierung Kohl brach auch entschieden mit der interventionistischen und protektionistischen Logik zur Förderung der europäischen Industrie und der Entstehung »Europäischer Champions«, die einst von Matthöfer im BMF und vom AA propagiert wurden.²⁰ Die diplomatische Positionierung der Bundesrepublik wurde absichtlich offensiver, indem sie das Ziel, die gesamte EG zu liberalisieren, deutlicher verfolgte. Die Initiatoren der *Wende* hofften ebenfalls auf eine »Renaissance der Ordnungspolitik« in Europa, die sich an zwei Achsen orientieren sollte: die Verwirklichung des Binnenmarkts und die Begrenzung der wirtschaftlichen Rolle des Staats.

Der Binnenmarkt: die Wiederbelebung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit

Im Gegensatz zur teleologischen Erzählung der EG/EU-Kommission war die Verwirklichung des Binnenmarktprojekts keine einfache »Vollendung«, die sich aus der rechtlichen Anwendung des Vertrags von Rom ergab, sondern eine Frage der Zustimmung der Mitgliedsstaaten zum freien Markt. Zwei Jahrzehnte lang wurde das Binnenmarktprojekt durch die Feindseligkeit eines Teils der Mitgliedstaaten gegenüber einer weiteren Liberalisierung und die Schwierigkeit, nationale Normen durch einstimmige Beschlüsse zu harmonisieren, blockiert. Dennoch war der Binnenmarkt seit dem Memorandum für die Messina-Konferenz 1955 eines der wichtigsten Ziele der westdeutschen Europapolitik. Die Bundesrepublik hatte regelmäßig versucht, das Projekt durch Steuer- und Rechtsharmonisierung im Rahmen der WWU und später der Antikrisenpolitik wieder in Gang zu setzen.

Gleichzeitig beklagten jedoch die europäischen Partner, allen voran Frankreich und Großbritannien, die Einführung eines »deutschen Protektionismus« durch das Gerätesicherheitsgesetz vom Juni 1968, das dem Deutschen Institut für Normung (DIN) eine Systematisierung der technischen Normung übertragen hatte.²¹ Für die Kommission stellte die daraus resultierende starke Zunahme westdeutscher Normen zwar kein protektionistisches System dar, war aber

²⁰ Vgl. L. Warlouzet: *Governing Europe*, S. 128–129.

²¹ Vgl. Davies, Bill: *Resisting the European Court of Justice: West Germany's Confrontation with European Law, 1949–1979*, Cambridge: Cambridge University Press 2012.

dennoch wettbewerbswidrig.²² Das BMWi sah in dieser Kritik einen Anlass, um den Einfluss der Lobbys zu bekämpfen²³, während das AA eine allgemeine Deregulierung befürwortete, um die Bundesrepublik aus ihrer defensiven Position bezüglich der Normen herauszubringen.²⁴ Trotz der Vorbehalte der Industrie und der Länder, die die Aufhebung von Schutzmaßnahmen befürchteten, die umso wirksamer waren, als sie diskret verblieben, würde die Bundesrepublik als größter Exporteur der EG von einer strengeren Auslegung der Wettbewerbsregeln profitieren.

Die Bundesregierung versuchte seit Ende der 1970er Jahre, den Wettbewerb auf EG-Ebene zu vertiefen. Sie wurde dabei durch die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 1974 (Dassonville-Urteil) und Februar 1979 (Cassis-de-Dijon-Urteil) ermutigt, die die Errichtung nichttarifärer Handelshindernisse durch die Staaten einschränkten und von der Kommission im Herbst 1980 zum Anlass genommen wurden, um das Binnenmarktprojekt wiederzubeleben. Trotz der allgemeinen Zustimmung zum Ziel des Binnenmarkts forderten die meisten EG-Mitglieder im Gegenzug protektionistische Maßnahmen wie die Gemeinschaftspräferenz oder die Unterstützung von gefährdeten Industriezweigen.²⁵

Um zu verhindern, dass solche Gegenleistungen von der Bundesrepublik verlangt würden, sollte unbedingt vermieden werden, dass der Binnenmarkt als ein westdeutsches Projekt erscheint.²⁶ Wie schon 1958 für den Bereich Wettbewerb stützten sich das AA und das BMWi daher auf die Nominierungen für die EG-Kommission. In der im Januar 1981 eingesetzten Thorn-Kommission lag die Zuständigkeit für den Binnenmarkt bei Karl-Heinz Narjes, der Hallsteins ehemaliger Kabinettschef, ehemaliger CDU-Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Bundestags und Mitglied des Exekutivkomitees der Trilateralen Kommission war. Er konnte auf die Unterstützung der westdeutschen christdemokratischen Abgeordneten im Europaparlament zählen,

22 PA-AA, ZA 122.421, Note de la Commission: »Entraves techniques aux échanges« – 23. Oktober 1978.

23 BArch, B 102, 300290, Binnenmarkt – Rechtsangleichung – 28. Juni 1985.

24 PA-AA, ZA 122.421, Auswirkungen der jüngsten EuGH-Urteile zu »Cassis de Dijon« und »Essig« – Ressortbesprechung am 3. Dezember 1980 – 4. Dezember 1980.

25 PA-AA, ZA 122.417, Informelles Treffen der EG-Industrieminister am 10./11. Juni 1980 – 12. Juni 1980.

26 BArch, B 102, 300268, Binnenmarkt – Verfahren unter deutscher Präsidentschaft – 14. Dezember 1982.

sowie auf freie liberale Mandatsträger wie den späteren Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann.²⁷ Parallel dazu hatte die Bundesregierung im November 1981 mit dem Genscher-Colombo-Plan, der die Zusammenfassung aller Gemeinschaftspolitiken in eine »Europäische Akte« vorschlug, die Initiative zur Weiterentwicklung des politischen Europas ergriffen.²⁸ Die Aktualisierung des Binnenmarkts sollte somit Teil einer allgemeinen Neubelebung des europäischen Projekts durch die westdeutsche Diplomatie sein, deren Ziel es war, die EG in eine liberale Union umzuwandeln.

Der »New Approach«: ein westdeutscher Erfolg

Die Arbeit der Kommission und der westdeutschen Diplomatie beschleunigte sich im Vorfeld der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1983 trotz der Vorbehalte einiger Partner.²⁹ Frankreich forderte Schutzmaßnahmen gegenüber Drittländern und Italien eine Reform des Sozialfonds, um die Bemühungen der Unternehmen um Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Die britische Regierung bestand ihrerseits darauf, den freien Wettbewerb bei Dienstleistungen, insbesondere bei Versicherungen, in den Binnenmarkt einzubeziehen. Eine Priorität der westdeutschen Agenda war es, den Streit um die Industrienormen beizulegen. Anlässlich der deutsch-französischen Gespräche am 16. und 17. Mai gelang es Kohl, Mitterrand für das Prinzip europäischer Normen zu gewinnen.³⁰ Im Gegenzug erklärte sich die Bundesregierung bereit, eine gegenseitige Anerkennung der Normensysteme für Gerätesicherheit und Bauwesen einzuführen. Dies war ein großes Zugeständnis, da die westdeutsche Industrie den unlauteren Wettbewerb durch EG-Produkte mit weniger strengen nationalen Normen befürchtete. Angesichts der Pläne Frankreichs und Großbritanniens, das westdeutsche Normensystem in einer protektionistischen Logik nachzuahmen, schien es

27 Vgl. Warlouzet, Laurent: Completing the Single Market: The European Parliament and Economic Integration, 1979–1989, Brüssel: European Parliament Research Service 2020, S. 9–11 und 35–36.

28 Vgl. Cuccia, Deborah: »The Genscher-Colombo Plan: A forgotten page in the European Integration History«, in: Journal of European Integration History 24 (2018), S. 59–78.

29 BArch, B 102, 300269, Strategie für die deutsche Präsidentschaft – 28. Dezember 1982.

30 »Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris – 16. Mai 1983«, AAPD 1983, Dokument 143; BArch, B 102, 300257, Brief von Mauroy an Kohl vom 31. Mai 1983.

dem BMWi vorteilhafter »offensiv zu reagieren und das deutsche System zu öffnen« und zwar durch ein Gegenseitigkeitsabkommen, das auf alle europäischen Partner ausgeweitet werden sollte.³¹ Die Bundesrepublik schlug vor, die westdeutsche Gesetzgebungstechnik des »Normverweises« zu verallgemeinern, die es dank des Verweises auf eine allgemeine Sicherheitsklausel ermöglichte, eine detaillierte Harmonisierung zu vermeiden.³² Diese Technik war bereits in der Niederspannungsrichtlinie vom Februar 1973 in das europäische Recht eingeführt worden. Im Sommer 1983 stimmten die europäischen Experten den westdeutschen Vorschlägen zu, das Prinzip des Normenverweises allgemein einzuführen. Am 25. November einigte sich der Ministerrat für den Binnenmarkt auf dieser Grundlage auf die Einführung eines »New Approach«, der die Deregulierung ermöglichte. Die Schlussfolgerungen des Rates vom 16. Juli 1984 und die Entschließung vom 7. Mai 1985 beschränkten die neuen EG-Richtlinien auf die Festlegung allgemeiner Grundsätze in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Verbraucherschutz und Umwelt und schrieben gleichzeitig die allgemeine Anerkennung nationaler Normen bei fehlenden Gemeinschaftsnormen fest.³³

Die Beseitigung dieser verschiedenen Probleme ebnete den Weg für umfassende Verhandlungen über den Binnenmarkt. Am 19. Juni 1983 nahm der Europäische Rat in Stuttgart eine feierliche Erklärung zur Europäischen Union an, die die »vollständige Verwirklichung des Binnenmarkts« vorsah (Art. 3.1.6). Das BMWi, das AA und die Kommission intensivierten im Frühjahr 1984 ihre Zusammenarbeit, um ein Verhandlungsprogramm mit drei Prioritäten festzulegen: die Liberalisierung des Kapitalmarkts, die Liberalisierung der Dienstleistungen, die Öffnung der staatlichen Ausschreibungen.³⁴ Diese Prioritäten dienten als direkte Inspiration für das allgemeine Programm zur »Konsolidierung des europäischen Binnenmarkts«, das die Kommission dem Rat im Juni vorlegte. Sie betonten die politische Dimension des Binnenmarktsprojekts, dessen Verwirklichung Europa den Bürgern näherbringen sollte und schließlich zur politischen Union führen würde. Dieser diskrete Einfluss der Bundesrepublik war mindestens ebenso entscheidend für die Entwicklung des Binnenmarkts wie der des britischen Memorandums »Europe: The Future«, das

31 BArch, B 102, 300257, Gespräch mit Prof. Scheid am 6. Juli 1983 – Normenprotektionismus – 1. Juli 1983.

32 BArch, B 102, 300257, Brief von Lambsdorff an Cresson vom 16. Juni 1983.

33 Vgl. K. Armstrong/S. Bulmer: The governance, S. 144–167.

34 BArch, B 102, 300276, Brief von Schlecht an Narjes vom 27. April 1984.

zur gleichen Zeit von der Thatcher-Regierung in auffälligerer Weise aber unter weniger Zusammenarbeit mit der Kommission vorgelegt wurde und seine Vorschläge auf die Liberalisierung des Verkehrs und der Dienstleistungen konzentrierte.³⁵ Am 25./26. Juni 1984 bestätigte das Gipfeltreffen in Fontainebleau diese Vorstellungen und machte die Verwirklichung des Binnenmarkts zur Hauptpriorität der Gemeinschaft.

* * *

Der westdeutschen Europapolitik gelang es innerhalb weniger Jahre das Binnenmarktprojekt, das seit 1955 ihr wichtigstes Ziel war, neu zu beleben. Dieser große Erfolg wurde 1983–1984 durch die Veränderung der Position der Mitgliedsstaaten zu drei Schlüsselpunkten erreicht: die Festlegung europäischer Normen mit Vorrang vor nationalen Normen; die Annahme des »Normenverweises« und der gegenseitigen Anerkennung zwischen den Mitgliedstaaten; die Nichtdiskriminierung von Drittländern und die Ablehnung protektionistischer Maßnahmen zur Normierung an den Außengrenzen der Gemeinschaft. Diese drei Entscheidungen legten den Grundstein für einen liberalen Binnenmarkt, der auf Vertrauen, Gegenseitigkeit und Offenheit beruhen sollte. Diese ausschlaggebende Neubelebung des Binnenmarktprojekts erfolgte durch die Verbindung zwischen den klaren Ambitionen der EG-Kommission und der strategischen Zurückhaltung der Bundesrepublik, die darauf abzielte, den Binnenmarkt nicht als westdeutsches Projekt erscheinen zu lassen. Im Gegensatz zu den Ansprüchen Thatchers³⁶, die sich als Mutter des Binnenmarkts präsentierte, sich aber erst spät für diesen einsetzte, hielt sich die westdeutsche Diplomatie eher bedeckt, obwohl sie bei der Konzeption und den Verhandlungen im Vorfeld der Einheitlichen Europäischen Akte eine wichtige Rolle spielte. Der westdeutsche Einfluss beschränkte sich also nicht auf die Beeinflussung von Delors Vorstellung durch das rheinische Modell.³⁷ Der europäische Teil der westdeutschen »geistig-moralischen Wende« und das Ziel einer Vertiefung des Liberalismus in der Gemeinschaft entsprach der ordoliberalen Diagnose einer wirtschaftlichen »Sklerose« innerhalb der

35 Vgl. L. Warlouzet: *Governing Europe*, S. 190–194.

36 Thatcher, Margaret: *Statecraft. Strategies for a Changing World*, London: Harper Collins 2002, S. 372–373.

37 Vgl. J. Gillingham: *European Integration*, S. 161.

EG. Mit der Neubelebung des Binnenmarktprojekts entwickelte sich die europäische Debatte von der ständigen Verteidigung des freien Markts gegen den Protektionismus hin zu einer liberalen Offensive, die die Deregulierung und die Konkurrenz der Wirtschafts- und Sozialsysteme schrittweise auf Gemeinschaftsebene verbreitete. Genau diese Strategie sollte mit Mitterrands Ambitionen einer Neuausrichtung des europäischen Projekts kollidieren.

